

## Zwei Italiener kämpfen in Brüssel

Das EU-Parlament wählt den Nachfolger von Präsident Schulz

Brüssel – Diesmal ist alles offen, es kann alles anders kommen, auch in letzter Minute noch. Aber mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit werden die 751 Abgeordneten des Europäischen Parlaments sich an diesem Dienstag auf Antonio Tajani als neuen Präsidenten des Hauses und Nachfolger von Martin Schulz verständigen. Schließlich hat der Italiener in den 217 Parlamentariern der Europäischen Volkspartei die stärkste Gruppe im Rücken. Aber das reicht eben noch nicht zur Mehrheit, weshalb er in der vergangenen Woche auf Stimmenfang gehen musste.

Bei der Fraktion der Grünen gibt sich der Italiener zahn und freundlich. Gleich zu Beginn wedelt er mit einem Zettel, der beweisen soll, dass er nach seinem Ausscheiden als EU-Industriekommissar 2014 auf ein Abgangsgeld in Höhe von 500 000 Euro verzichtete. Angesichts der Krise in Europa wäre das nicht angemessen gewesen, sagt er. Dann beteuert er in immer neuen Worten, dass er das Amt ganz anders verstehe als Schulz, der sich zum Impresario der informellen großen Koalition aus Christ- und Sozialdemokraten aufgeschwungen hatte. Tajani hingegen verspricht, „vollkommen neutral“ zu sein, alle Abgeordneten gleichermaßen „zu achten und zu respektieren“.

Die Grünen lauschen ihm mit freundlicher Distanz. Zu wirklich kritischen Fragen kann sich keiner aus ihren Reihen aufrufen. Dabei gäbe es dafür genügend Anlass. Tajani ist seit 1994 in Brüssel. Er ist nicht nur Gründungsmitglied von Silvio Berlusconi Forza Italia, sondern auch ein enger Vertrauter des Mailänder Populisten und ehemaligen italienischen Premiers. Tajani war so etwas wie Berlusconi Statthalter in der EU-Kapitale. Er weiß, dass viele in Brüssel ihn allein deshalb für nicht wählbar halten, schon gar nicht bei den Grünen.



Antonio Tajani, 63, von der Europäischen Volkspartei (oben), und Gianni Pittella, 58, von den Sozialdemokraten. FOTO: DPA

Außerdem gibt es einen weiteren Makel, den Tajani einfach nicht loswird. In seiner Zeit als EU-Industriekommissar habe er nicht strikt genug eingegriffen, als VW und andere Dieselmotoren manipulierten, um Abgasgrenzwerte einzuhalten, lautet der Vorwurf. Er selbst beteuert, weder er noch sein Kabinett seien damals über Manipulationen informiert gewesen. Doch E-Mails, die der SZ vorliegen, zeigen zumindest, wie seine damalige Generaldirektion darauf drang, die Kriterien für Abgastests so weich wie möglich zu halten.

Schulz war zentrale Figur einer informellen großen Koalition, Pittella distanziert sich nun davon

In der Zusammenfassung eines Treffens mit Vertretern der EU-Mitgliedsstaaten vom 18. April 2012 heißt es vonseiten der Generaldirektion Unternehmen und Industrie: „Die europäische Autoindustrie befindet sich zurzeit in einer der schwersten Wirtschaftskrisen ihrer Geschichte.“ Es sei folglich „politisch nicht opportun, RDE-Maßnahmen in der Zulassungsgesetzgebung jetzt oder den kommenden Jahren einzuführen“. RDE ist die Abkürzung für „Real Driving Emissions“, also Abgastests unter realen Fahrbedingungen, sprich auf der Straße und nicht im Labor. Genau das will die EU-Kommission nun als Konsequenz des VW-Skandals umsetzen. Doch bereits in der Amtszeit Tajanis wurde dies vonseiten der Brüsseler Behörde und den Mitgliedsstaaten offenbar verhindert.

Auch der liberale Belgier Guy Verhofstadt kandidiert, aber Tajanis Hauptgegner ist ein Landsmann: Gianni Pittella von den Sozialdemokraten. Als Fraktionschef stand der Italiener jahrelang im Schatten von Parlamentspräsident Schulz, dem wichtigsten Ansprechpartner von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker nicht nur im Parlament, sondern womöglich überhaupt in Brüssel. Schulz war die zentrale Figur einer informellen großen Koalition, von der sich Pittella nun nach Kräften distanziert. Sein „Freund“ Schulz sei der Präsident einer Koalition gewesen, wirbt Pittella bei den Grünen, er aber wolle Präsident des ganzen Parlamentes sein.

189 Abgeordnete stellen die Sozialdemokraten. Wenn Pittella eine Chance haben will, braucht er in jedem Fall die Stimmen der Linken (52) und der Grünen (51). Wenn noch genügend Liberale hinzukämen, könnte es im vierten Wahlgang reichen, wenn die einfache Mehrheit genügt. Die große Koalition mit den Christdemokraten komme nicht wieder, verspricht Pittella deshalb.

Sorgen, um die Stabilität in Brüssel sei es nach der Präsidentenwahl so oder so geschehen, sind aber wohl übertrieben. In vertraulichen Gesprächen mit führenden Christdemokraten hat Pittella klargemacht, dass er zwar keine Koalition mehr wolle, sehr wohl aber auch künftig auf Kooperation setze. Im vierten Wahlgang bräuchte Tajani übrigens nur genau so viele Stimmen wie Pittella. „Bei Stimmengleichheit gilt der Kandidat mit dem höheren Lebensalter als gewählt“, steht in der Geschäftsordnung. Tajani ist 63, Pittella erst 58. DBR, KIT, AM



Geert Wilders führt mit seiner Freiheitspartei PVV in den Umfragen, weil viele Niederländer unzufrieden sind mit den etablierten Parteien. Dabei geht es wirtschaftlich mit dem Land wieder aufwärts. FOTO: ROBIN VAN LONKHUIJSEN/PICTURE ALLIANCE

## Rechts einsam

In den Niederlanden steht der Europa- und Islamkritiker Wilders vor der Wahl im März allein da. Auch die Partei von Premier Rutte schließt eine Koalition aus

VON THOMAS KIRCHNER

Brüssel – Geert Wilders wird nach der niederländischen Parlamentswahl im März vermutlich weder Premierminister noch Mitglied einer Koalitionsregierung werden. Der amtierende Premier Mark Rutte von der rechtsliberalen VVD schloss am Wochenende eine Zusammenarbeit mit Wilders' in Umfragen weit vorne liegender Freiheitspartei (PVV) definitiv aus. Die Wahrscheinlichkeit eines solchen Szenarios liege nicht bei 0,1 Prozent, sondern bei null, sagte Rutte im Fernsehen. Sozialdemokraten, Christdemokraten, Sozialisten, Linksliberale und Grüne hatten sich schon vor längerem gegen eine Kooperation mit den Nationalisten ausgesprochen.

Damit legen die maßgeblichen Parteien implizit eine Art *Cordon Sanitaire* um die PVV. Die Lage ähnelt der Belgiens in den Neunzigerjahren, als die etablierten Parteien verabredeten, sich auf keinen Fall mit dem damals erstarkenden rechtsextremen Vlaams Blok zusammenzuspannen. Immer deutlicher schälten sich in den Niederlanden zwei große Blöcke heraus: Nationalisten gegen alle anderen – eine Konstellation, die sich auch in Frankreich und anderen Ländern abzeichnet.

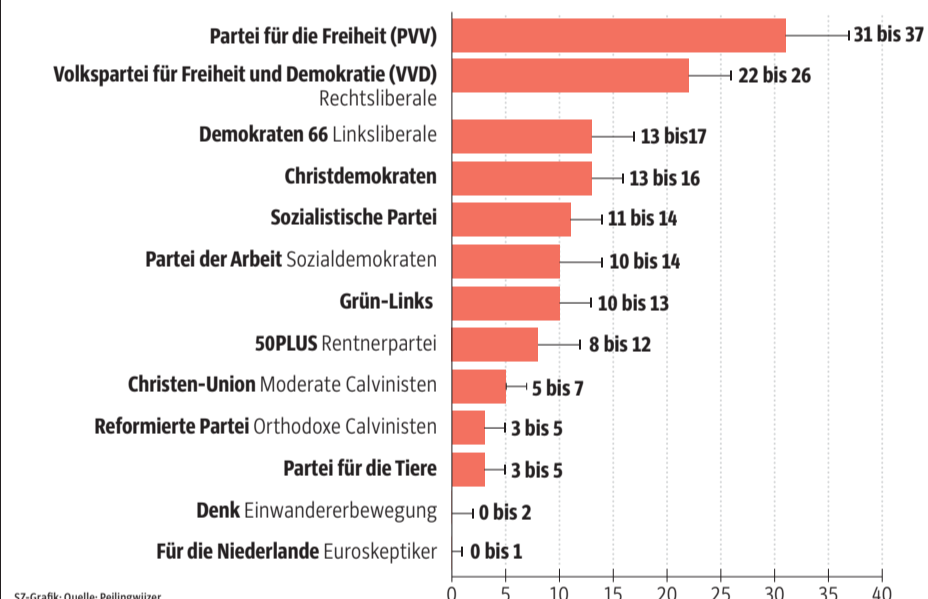
Führende Parteikollegen Ruttes hatten die Tür für Wilders bisher einen Spalt breit offen gelassen. Es gehe in einer Demokratie nicht an, bestimmte Kräfte von vornherein auszuschließen, argumentierte Ge-

sundheitsministerin Edith Schippers. Rutte selbst hatte als Bedingung stets genannt, dass sich Wilders von seinem umstrittenen Auftritt im Jahr 2014 („Wollt ihr mehr oder weniger Marokkaner?“) distanzieren. Das hat dieser nie getan; er hat vielmehr seine fremdenfeindlichen Aussagen

verschärft. Der Ministerpräsident führte nun aber noch andere Gründe gegen Wilders an: Zum einen die missglückte Regierungszusammenarbeit mit dem Islamkritiker, als dieser Ruttes Minderheitskabinett nach zwei Jahren 2012 die „Duldung“ aufgekündigt hatte. Außerdem sei die PVV

### Sitzverteilung im künftigen niederländischen Parlament

Zweite Kammer, Spanne verschiedener Umfragen bis zum 21. Dezember 2016, Angaben in Prozent



SZ-Grafik; Quelle: Peilingwijzer

## Durchatmen in Berlin

Nach dem Rücktritt von Staatssekretär Holm wird die Koalition weiter bestehen. Doch beendet ist die Krise nicht

Berlin – Es ist ein Rücktritt, nach dem die angeschlagene rot-rot-grüne Berliner Senatskoalition erst einmal überleben wird. Fünf Wochen nach seiner Ernennung ist der parteilose Berliner Baustaatssekretär Andrej Holm am Montagvormittag von seinem Amt zurückgetreten. Zuvor hatte am Wochenende der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) Holms Entlassung durch die Bausenatorin Katrin Lompscher (Linkspartei) wegen dessen Umgang mit seiner Stasi-Vergangenheit gefordert. Die Berliner Linken zögerten jedoch, dieser Aufforderung zu folgen.

Wie es aus Kreisen der Linken hieß, hätten die Regierungsmitglieder der Partei in dieser Woche auch ein Ende der Zusammenarbeit in der Koalition in Kauf genommen. Darüber wollten sie an diesem Montag weiter beraten, die Lage sei als sehr ernst empfunden worden. Unterdessen war ihnen von Holm aber die Bereitschaft zum Rücktritt signalisiert worden.

Die Linke teilte nach dem Rückzug Holms mit, dass damit „die koalitionsinternen Probleme nicht vom Tisch sind“. Die Koalitionspartner müssten beraten, „ob und wenn ja wie wir zu einer Arbeitsweise kommen, die auf den Prinzipien von Augenhöhe und Gleichberechtigung beruht“, forderten die Spitzen der Landespartei und der Fraktion im Abgeordnetenhaus.

Die zuständige Senatorin Lompscher betonte am Montag, sie bedauere Holms Entscheidung. „Für mich ist diese Entscheidung bitter und dennoch nachvollziehbar, da der notwendige politische Rückhalt in der Koalition für ihn nicht stark genug war“, sagte Lompscher. Sie selbst habe keine Gründe für eine Entlassung gesehen.

Der 46-jährige Holm war im Dezember auf Vorschlag der Linken von Regierungschef Müller zum Baustaatssekretär ernannt worden. In der SPD und bei den Grünen hatte es aber von Beginn an Vorbehalte gegeben. Dem Vernehmen nach hatte Müller frühzeitig von der Ernennung abgeraten, Holm aber dennoch ins Amt eingeführt, weil das Vorschlagsrecht für den Posten bei der Linkspartei lag. Unmittelbar danach entbrannte eine emotional geführte

Debatte, ob jemand mit seiner Vergangenheit Mitglied einer Regierung werden dürfe. Holm hatte als junger Erwachsener eine Laufbahn als hauptamtlicher Stasi-Offizier begonnen. Sie endete mit dem Zusammenbruch der DDR.

Ihm wurde zuletzt vor allem angelastet, dass er später falsche Angaben über seine Tätigkeit bei der Stasi gegenüber seinem Arbeitgeber, der Humboldt-Universität, gemacht hatte. Eigentlich hatten die Partner verabredet, vor einer Entscheidung über die Zukunft Holms eine Stellungnahme der Humboldt-Universität abzuwarten. Die prüft personalrechtliche Schritte gegen ihren bisherigen Angestellten, weil er 2005 in einem Fragebogen eine hauptamtliche Stasi-Mitarbeit verneint hatte. Das Ergebnis ist für Mittwoch angekündigt.

In seiner Rücktrittserklärung erhebt Holm schwere Vorwürfe gegen die SPD und erklärt, dass die Krise der rot-rot-grünen Regierung nicht allein mit seiner Personalie zu tun habe. Er verweist auf weitere Konflikte der noch jungen Koalition in den Wochen seit ihrem Start im Dezember, etwa den Streit um die Videoüberwachung und die Sicherheitspolitik. Diese Konflikte zeigten, so Holm, dass die Koalition in der Krise sei. „Ich werde der zerstrittenen SPD nicht den Gefallen tun, sie auf meinem Rücken zerplatzen zu lassen“, hieß es in seiner Erklärung.

Bei den Koalitionspartnern SPD und Grüne wurde der Rücktritt mit Erleichterung, Holms Erklärung jedoch mit Irritation aufgenommen. Die Grünen hätten sich um einen differenzierten und solidari-

schen Umgang bemüht, so die Spitze der Grünen-Fraktion: „Umso mehr bedauern wir die Verbitterung, die in Andrej Holms Erklärung zum Ausdruck kommt.“

Die Opposition im Abgeordnetenhaus nannte Holms Rückzug überfällig. Oppositionsführer Florian Graf von der CDU sprach von einer selbstgerechten Rücktrittserklärung. Sie verdeutliche, „dass Holm die zwingenden Gründe des längst überfälligen Rückzuges noch immer nicht verstanden hat“, sagte Graf. Ähnlich werteten FDP und AfD den Vorgang. Der FDP-Fraktionschef Sebastian Czaja sagte, der Regierende Bürgermeister Michael Müller habe sich „mit der Abarbeitung dieser Personalie fast schon lächerlich und zum Gespött der ganzen Stadt gemacht.“ JENS SCHNEIDER > Seite 4

## „Schmerzhaft“

Aus der Erklärung von Andrej Holm: „Als ich dieses Amt vor fünf Wochen antrat, wollte ich ein bitter nötiges Reformprogramm für die Berliner Wohnungspolitik durchsetzen. Denn eines ist klar: Diese Stadt braucht eine Politik für die Mieterinnen und Mieter. Es muss Schluss sein mit einer Politik, die weiter die Profitinteressen der Immobilienbranche an erste Stelle setzt. (...) Die Polemik derer, die mich als Staatssekretär verhindern wollten, zeigt, dass es bei der Entlassungsforderung nicht nur um meine Zeit bei der Stasi und um falsche Kreuze in Fragebögen ging, sondern vor allem um die Angst vor einer Wende im Bereich der Stadt- und Wohnungspolitik. (...) Entgegen der Darstellung vieler Medien habe ich mich nicht nur in den letzten Wochen bemüht, offen und selbstkritisch mit meiner Biografie umzugehen. Das war schmerzhaft für viele Opfer der DDR-Diktatur und das war auch schmerzhaft für mich. Die letzten Wochen hinterlassen bei mir den Eindruck, dass es auch im medialen Raum nur eine begrenzte Bereitschaft für die Wahrnehmung von Zwischentönen in DDR-Biografien gibt.“



In Schiefelage: Die rot-rot-grüne Koalition in Berlin hatte keinen besonders guten Start. Im Bild das Rote Rathaus und der Fernsehturm. FOTO: PAUL ZINKEN/DPA

## Kategorie: unwichtig

Katholische Friedensbewegung Pax Christi bangt um Zuschüsse

München – Der Zweite Weltkrieg tobte noch in aller Grausamkeit, da rief die französische Lehrerin Marthe-Marie Dortel-Claudot zu einem „Kreuzzug der Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich“ auf. Die mutige Aktion gilt als Geburtsstunde der internationalen katholischen Friedensbewegung „Pax Christi“, die sich erst der Aussöhnung der Weltkriegsgegner widmete und dann dem Frieden allgemein. Lang ist's her. Jetzt plant der Verband der Diözesen Deutschlands (VDD), dem deutschen Zweig von Pax Christi vom Jahr 2018 an den Zuschuss komplett zu streichen.

Es geht um 60 000 Euro im Jahr. Für die katholischen Bistümer, die über den VDD ihre Gemeinschaftsprojekte finanzieren, ist das nicht viel Geld – allein an Kirchensteuern nehmen sie gerade mehr als sechs Milliarden Euro ein. Für Pax Christi, das seine Arbeit überwiegend aus Spenden und Beiträgen finanziert, würden jedoch 20 Prozent der Einnahmen wegfallen; „für uns stellt das die Existenz von Pax Christi auf Bundesebene infrage“, sagt die Bundesvorsitzende Wiltrud Rösch-Metzler, die sich „schockiert“ zeigt: „Ausgerechnet jetzt, wo die vielen Kriege und Konflikte die Menschen beunruhigen, scheint unsere Friedensarbeit von der Bischofskonferenz nicht mehr gewollt zu sein.“

Dabei gibt es offiziell keinen inhaltlichen Grund dafür, dass die Bischöfe Pax Christi nicht mehr mitfinanzieren wollen. Der VDD will sich schon jetzt auf die Zeit vorbereiten, in der die Kirchensteuer nicht mehr so üppig fließt, und seinen Haushalt nicht über ein Volumen von 120 Millionen Euro hinaus ausweiten. Eine Spartenkommission aus vier Bischöfen, vier Generalvikaren und einer Unternehmensberatung hat die Arbeitsbereiche und Finanzierungen des VDD eingeteilt: in wichtig, der Prüfung bedürftig und unwichtig. Pax Christi landete in der Kategorie C – kann wegfallen, wie auch das Frauenmissionswerk oder der wissenschaftliche Dienst.

In einem Schreiben an Rösch-Metzler betont Reinhard Marx, der Münchner Kardinal und Vorsitzende der Deutschen Bi-

in wirtschaftlichen und sozialen Fragen „linker als die Sozialisten“.

Damit zeichnet sich für die Zeit nach dem 15. März eine schwierige Koalitionsbildung ab, bei der die VVD viele kleinere Parteien für ein Bündnis gewinnen muss, das sich einer starken rechten Opposition gegenüberstellt. Laut dem *Peilingwijzer*, der die Umfragen von fünf Instituten zusammenfasst, kommt die PVV derzeit auf mehr als 21 Prozent der Stimmen (etwa doppelt so viel wie 2012), die VVD auf knapp 16. Die anderen erreichen nicht einmal zehn Prozent. Besonders markant ist der Absturz der derzeit mitregierenden Sozialdemokraten. Von ihren 40 Parlamentssitzen werden nach jetzigem Stand etwa zwölf übrig bleiben. An ihrer desolaten Lage scheint auch ein Führungswechsel – der etwas weiter links stehende Vizepremier Lodewijk Asscher ersetzt den glücklosen Diederik Samsom – nichts zu ändern.

Sein Wahlprogramm hat der Populist auf einem einzigen Din-A4-Blatt veröffentlicht

Dass Wilders nun quasi offiziell als isoliert und „verfemt“ gilt, wird ihm wohl weitere Wählergruppen zuführen, die auf diese Weise ihren Protest ausdrücken können, ohne das Risiko einer Regierungsabstimmung in Kauf nehmen zu müssen. Aus einer solchen Position der Stärke heraus wird Wilders den Kurs der niederländischen Politik zumindest indirekt mitbestimmen können. Sein Wahlprogramm hatte der Populist schon kurz nach der Sommerpause veröffentlicht, auf einem einzigen Din-A4-Papier. Diese PR-Aktion sorgte wochenlang für Gesprächsstoff.

Wichtigster Punkt ist die „De-Islamisierung“ des Landes: alle Moscheen schließen, Grenzen dichtmachen, keine Muslime mehr ins Land lassen, den Koran sowie das Kopftuch in öffentlichen Ämtern verbieten. Daneben fordert Wilders, aus der EU auszusteigen, Mieten und Einkommensteuer zu senken und die Rente mit 65 wieder einzuführen. Zusätzliche Ausgaben für Sicherheit und Verteidigung stünden allein sieben Milliarden Euro gegenüber, die sich aus der „De-Islamisierung“ ergäben. In Wirtschaftskreisen wird laut Medienberichten überlegt, ob man sich mit einem Teil der Agenda nicht doch anfreunden könnte, um Wilders in das traditionelle niederländische Konsensprinzip einzubetten. Auf keinen Fall akzeptabel wären demnach ein Nextit, ein Austritt aus der EU, sowie die offene Diskriminierung von Einwanderern und Minderheiten.

Wilders profitiert in hohem Maße von der verbreiteten Unzufriedenheit mit der etablierten Politik, die er selber kräftig schürt. Zumindest die wirtschaftliche Lage bietet für Ärger eigentlich keinen Anlass. Unter Rutte hat sich das Land aus der Krise herausgeholt. Nach jüngsten Schätzungen wird das Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr um 2,1 Prozent wachsen; der Schuldenstand ist niedriger als der deutsche, die Stimmung der Verbraucher hat sich stark verbessert.

Allerdings leiden viele Niederländer noch unter den radikalen Kürzungen der vergangenen Jahre, vor allem im Sozial- und Gesundheitsbereich. Hier kann Wilders mit seinem relativ linken Programm punkten. Zusätzlich hilft ihm der Auftrieb nach seiner Verurteilung im Dezember. Ein Gericht hatte ihn wegen des Anti-Marokkaner-Auftritts von 2014 der Anstiftung zur Diskriminierung schuldig gesprochen. > Seite 4

schofskonferenz, „Pax Christi werde auch weiterhin als wichtige Stimme in der kirchlichen Debatte über den Frieden geschätzt.“ Gleichwohl wolle er „keine Hoffnung auf eine Änderung der von den deutschen Bischöfen getroffenen Entscheidung machen“, die Bemühungen der katholischen Friedensfreunde sollten sich „darauf konzentrieren, alternative Einnahmequellen zu erschließen“.

In den 80ern hatte die deutsche Pax-Christi-Sektion 20 000 Mitglieder, jetzt sind es noch 5000

Tatsächlich hat sich in der jüngsten Zeit kein Bischof kritisch über Pax Christi geäußert – das war in den Achtzigerjahren noch anders, als der Verein sich der Friedensbewegung anschloss und jungen Männern die Kriegsdienstverweigerung nahelegte. Es hat eher schlechend das Interesse an Pax Christi nachgelassen, weil es so kompliziert geworden ist mit dem Frieden: Die Konflikte in Syrien und dem Nahen Osten erscheinen als unlösbar, der Terror stärkt den Pazifismus nicht. Noch 5000 Mitglieder hat die deutsche Pax-Christi-Sektion, in den 80ern waren es 20 000. Einen ähnlichen Prozess vermutet auch Rösch-Metzler bei den Bischöfen: „Das Thema Frieden hat bei vielen nicht den Stellenwert, den es angesichts der Weltlage haben sollte.“

Bei Pax Christi hofft man nun darauf, dass das Nein des Bischofskonferenzvorsitzenden Kardinal Marx doch nicht so abschließend ist, wie es klingt. Schließlich zweifeln auch einige Bischöfe, ob es wirklich so klug ist, der traditionsreichen Bewegung einfach so den Zuschuss komplett zu streichen; der Fuldaer Bischof und Pax-Christi-Präsident Heinz Josef Algemissen hat bei Marx gegen den Schritt protestiert. Am kommenden Montag und Dienstag treffen sich die Bischöfe zur nicht öffentlichen Sitzung im Kloster Himmelforten in Würzburg. Auf der Tagesordnung dürfte stehen, was die Pax-Christi-Vorsitzende Rösch-Metzler sich wünscht: der Frieden. MATTHIAS DROBINSKI